

# Operation Choke Point: Wie man der Waffenbranche den Geldhahn zudreht

Von [Dave Kopel](#) | 10. Dezember 2015

Erstmals erschienen im August 2014 in der Printausgabe von America's 1st Freedom



Bankvorschriften, die dazu missbraucht werden, um die Ausübung von Second Amendment-Rechten abzuwürgen? So etwas würde hier in den Vereinigten Staaten von Amerika sicher nicht passieren.

Dies scheint jedoch ein Ergebnis der Operation Choke Point der Obama-Regierung und anderer Maßnahmen im Bankensektor zu sein, die sich nun gegen einige Unternehmen der Waffenbranche richten.

Die Bemühungen, Banken gegen das Waffengewerbe einzusetzen, werden derzeit von mindestens zwei Bundesbehörden durchgeführt: Das Justizministerium von Justizminister Eric Holder (Department of Justice, DOJ) und die Federal Deposit Insurance Corporation ([FDIC](#)).

Die FDIC wurde 1933 im Rahmen des New Deal gegründet, um die Sicherheit von Bank-einlagen zu gewährleisten. Wenn man bei einer staatlich versicherten Bank (d.h. praktisch bei allen Banken) Geld einzahlt, ist die Einlage bis zu 250.000 \$ versichert. Wenn die Bank also pleite geht, erhält man von der Bundesregierung das Geld, das man auf seinem Bankkonto hatte.

Der Zweck der FDIC ist es, Bank Runs zu verhindern, bei denen die Menschen massenhaft ihr Geld abheben, weil sie befürchten, dass die Bank zusammenbricht. Ein Bank Run kann eine sich selbst erfüllende Prophezeiung sein, da schnelle Abhebungen eine schwache Bank in die Insolvenz treiben können.

**In einem Kommentar im Wall Street Journal beklagte Frank Keating von der [American Bankers Association](#), dass Choke Point „die Banken auffordert, Kunden zu identifizieren“, die „einfach etwas tun, was Regierungsbeamten nicht gefällt“.**

Die FDIC hat umfassende Aufsichts- und Prüfungsbefugnisse über die Banken und die vielen Bundesgesetze, die die Banken befolgen müssen. Um die finanzielle Solidität einer Bank zu prüfen, verwendet die FDIC seit 1979 ein weitgehend objektives Bewertungssystem, das als „CAMELS“ bekannt ist. Die objektiven Kriterien berücksichtigen das Eigenkapital, die Erträge, die Liquidität der Bank und so weiter.

Aber unter Obama hat die FDIC jetzt einen neuen, subjektiven Faktor in die Kriterien aufgenommen, den sie „Reputationsrisiko“ nennt. Damit ist im Wesentlichen ein schlechtes öffentliches Image gemeint.

Und was verursacht nun ein „Reputationsrisiko“? Die FDIC hat in einem Leitfaden für Banken aus dem Jahr 2011 einige Details genannt: [„Managing Risks in Third-Party Payment Processor Relationships“](#). In dem Dokument werden die Banken vor „Händlerkategorien gewarnt, die mit risikoreichen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden“. Dazu gehören einige Dinge, die von Natur aus betrügerisch oder nach den Gesetzen der Bundesstaaten und des Bundes illegal sind, wie z. B. „Entschlüsselung von Kabelboxen“, „Online-Glücksspiele“ und „Ponzi-Systeme“. Einige „Risiko-“kategorien sind Grauzonen, wie z. B. der Verkauf von Feuerwerkskörpern, der in einigen Bundesstaaten legal ist, in anderen jedoch nicht. Oder „Pornografie“, die durch den [Ersten Verfassungszusatz](#) geschützt ist, sofern nicht ein Gericht feststellt, dass das Material juristisch gesehen „obszön“ ist.

Die große Mehrheit der von der FDIC ins Visier genommenen Geschäfte betrifft jedoch Aktivitäten, die überall legal sind, wie beispielsweise „Munitionsverkauf“, „Schusswaffenverkauf“, „Münzhandel“, „Partnervermittlungen“ und „Tabakwarenverkauf“.

Und wenn die Bundesaufsichtsbehörden einer bestimmten Bank das Leben schwer machen wollen, können sie das leicht tun. Banken sind verständlicherweise bestrebt, alles zu tun, was nötig ist, um auf der richtigen Seite der staatlichen Bankenbürokratie zu stehen. Glauben Sie, dass die Warnung der FDIC dazu führt, dass risikoscheue Banker gegenüber Geschäftskunden aus dem Waffengewerbe scheu werden?

Die Ergebnisse deuten auf „Ja“ hin, insbesondere in Verbindung mit der „Operation Choke Point“ von Justizminister [Holder](#).

Das Justizministerium bestätigte dieses Programm öffentlich am 20. März 2013 in einer Rede von Michael Bresnick, dem geschäftsführenden Direktor der Sonderkommission zur Bekämpfung von Finanzbetrug des Justizministeriums in Washington, D.C. Bresnick erklärte, dass Choke Point darauf abzielte, Banken davon abzuhalten, Betrügern Dienstleistungen anzubieten.

„Traurigerweise haben wir festgestellt, dass zu viele Banken es Bezahldiensten erlauben, weiterhin Konten bei ihren Instituten zu unterhalten, obwohl es eklatante Anzeichen für Betrug gibt“, sagte Bresnick.

Das ist ein lobenswertes Ziel. Aber das ist nicht die ganze Geschichte darüber, wie Choke Point tatsächlich genutzt wurde.

Betrachten wir eine reale Betrugssituation, wie sie in einer [Pressemitteilung vom 7. Dezember 2010](#) auf der FBI-Website beschrieben wird. Eine Person erhält einen Anruf von jemandem, der behauptet, sie sei mit einem Kredit von einem Unternehmen für kurzfristige Kredite [in USA heißen diese Kredite [payday loans](#). Sie laufen 1 bis 4 Monate. In Deutschland sind sie nicht üblich, Anm. d. Übers.] im Rückstand. Der Anrufer kennt den Geburtstag der Person, ihre Sozialversicherungsnummer und so weiter. Der Anrufer verlangt eine sofortige Zahlung per Kreditkarte. Der Anrufer ist ein echter Kreditbetrüger. Es gibt jedoch einige naive Menschen, die in der Vergangenheit vielleicht ein paar Kurzeitkredite in Anspruch genommen haben und sich durch Einschüchterung zur Herausgabe ihrer Kreditkartennummer verleiten lassen.

Natürlich sollten Banken und Kreditkartenunternehmen mit solchen Betrügern keine Geschäfte machen. Das Problem ist, dass Choke Point in einer Weise betrieben wird, die nicht nur auf Kriminelle, sondern auch auf Gesetzestreue abzielt.

Ein besonderer Mechanismus für die Choke Point-Drohungen der Obama-Regierung sind die mehr als 50 gerichtlichen [Vorladungen](#), die an Banken und andere Finanzinstitute ergangen sind. Wie der englische Essayist Samuel Johnson bemerkte: „Verlassen Sie sich darauf, Sir, wenn ein Mann weiß, dass er in zwei Wochen gehängt werden soll, konzentriert sich sein Geist wunderbar.“ In der Tat ist diese Vorladung eine Drohung mit einer möglicherweise unmittelbar bevorstehenden Maßnahme durch die Bundesaufsichtsbehörden.

Was alle anderen Banken betrifft, so spricht es sich herum, dass es gefährlich ist, mit „risikanten“ Unternehmen Geschäfte zu machen. Für den Fall, dass es ein Banker nicht mitbekommen hat, dass das Justizministerium Vorladungen verschickt hat, warnte die FDIC die Banken öffentlich, dass sie ihre eigene Prüfung von Banken intensivieren würde, die Geschäfte mit „risikoreichen“ Geschäftskunden machen, die Zahlungsdienstleister nutzen (z.B. Waffenhändler, die Kreditkarten akzeptieren, sowie gesetzestreue Anbieter von Payday-Krediten).

**Das Unternehmen [Powderhorn Outfitters](#) aus Hyannis in Massachusetts gibt an, dass ihm die TD Bank einen Kredit verweigert hat, weil es im Waffengewerbe tätig ist.**

Obwohl es für Außenstehende schwierig ist, das gesamte Ausmaß der Geschehnisse in einer Bankbeziehung zu verstehen (wie in einer Ehe auch), scheint es, dass die Bankenkampagne der Obama-Regierung dazu geführt hat, dass einige Banken ihre Beziehungen zu Betrieben aus dem Waffengewerbe gekündigt haben. In Miami zum Beispiel hat die Bank United N.A. dem Waffengeschäft Top-Gun Firearms die Zusammenarbeit gekündigt, als dieses beschloss, unter einem neuen Namen online zu gehen. In dem Schreiben der Bank vom 12. März hieß es, dass es keine „negativen Gründe für eine solche Maßnahme“ gebe, sondern dass es vielmehr „das Tätigkeitsfeld Ihres Unternehmens“ sei. ([Miami New Times, April 21, 2014](#)).

Laut der Washington Times ([18. und 28. Mai 2014](#)) haben eine Reihe von Waffenfirmen über plötzliche Unterbrechungen ihrer Beziehungen zu ihren Banken berichtet. In dem Times-Artikel werden insbesondere die folgenden Fälle angeführt:

Powderhorn Outfitters aus Hyannis, Massachusetts, sagt, dass es von der TD Bank wegen seiner Tätigkeit im Waffenbereich für einen Kredit abgelehnt wurde. Powderhorn sagt, es habe eine 20-jährige Beziehung zu der Bank. Laut dem Eigentümer von Powderhorn sagte der Bankmanager: „Ihre Kredithistorie ist sehr gut, aber die Bank lehnt Sie ab, weil Sie Waffen verkaufen“ ([Daily Caller, 31. Mai 2014](#)).

Das Bankkonto von Black Rifle Armory in Henderson, Nevada, wurde im Mai 2014 eingefroren, als die Bank eine Suche nach verdächtigen Transaktionen startete.

Die Bank of America (BoA) beendete 2012 ihre 12-jährige Kontobeziehung mit der McMillan Group International. Kelly McMillan sagt, die BoA habe ihm gesagt, die Kündigung sei erfolgt, weil McMillan von der Herstellung von Waffenteilen (z. B. Schäften) zur Herstellung von Schusswaffen übergegangen sei. American Spirit Arms, ein Hersteller von Gewehren der AR-15-Plattform, gibt an, dass sein seit zehn Jahren bestehendes Konto bei der Bank of America nach einem Anstieg der Verkaufszahlen im Dezember 2012 gesperrt wurde. Joe Sirochman, Eigentümer von American Spirit, schrieb, ein BoA-Manager habe ihm gesagt, er solle keine Waffen oder Teile dafür über das Internet verkaufen.

Die BoA sagt jedoch, dass jeder Kunde, dessen Zahlungseingänge in die Höhe schnellen, routinemäßig überprüft wird. (Ein starker Anstieg des Transaktionsvolumens, den viele Waffengeschäfte Anfang 2013 erlebten, kann ein Zeichen für Finanzbetrug sein. Aber jeder, der 2013 eine Zeitung gelesen hat, wusste, dass die Waffenverbotsoffensive der Obama-Regierung zu einem enormen Anstieg der Waffenverkäufe geführt hatte.)

Darüber hinaus bestreitet die BoA, eine waffenfeindliche Politik zu verfolgen, und verweist auf ihre Vereinbarung mit dem Schusswaffenhersteller Freedom Group vom April 2012, sich an einer Emission von Anleihen in Höhe von 250 Millionen Dollar zu beteiligen.

Obwohl die Geheimhaltungsvorschriften der Banken es in der Regel nicht zulassen, die genauen Umstände der Beziehung einer Bank zu einem bestimmten Unternehmen zu ermitteln, scheint es klar, dass Choke Point gegen rechtmäßige Unternehmen gerichtet ist. In einem [Meinungsartikel im Wall Street Journal](#) vom 24. April 2014 beklagte Frank Keating von der [American Bankers Association](#), dass Choke Point „die Banken auffordert, Kunden zu identifizieren“, die „einfach etwas tun, was der Regierung nicht gefällt. Die Banken müssen dann den Zugang dieser Kunden zu Finanzdienstleistungen ‚abwürgen‘ und ihre Konten schließen“.

Oder wie [The Economist](#) in einem Artikel vom 7. Juni 2014, in dem Choke Point kritisiert wird, erklärte: „Die Margen im Privatkundengeschäft sind verschwindend gering. Die Einnahmen, die ein einzelner Kunde generiert, werden wahrscheinlich durch die Kosten einer Untersuchung bei weitem übertroffen. Die Banken haben also guten Grund, bei der Auslegung des Gesetzes äußerst vorsichtig zu sein, selbst wenn das bedeutet, dass sie unbescholtene Kunden rausschmeißen müssen.“

Und wer setzt sich jetzt gegen Operation Choke Point und ähnliche Übergriffe zur Wehr?

Zunächst einmal wehren sich die kleinen [Gemeindebanken](#). In einem Positionspapier der [Independent Community Bankers Association](#) (Verband unabhängiger Gemeindebanken) heißt es, dass Choke Point „eine breit angelegte und übermäßig aggressive Vollzugstaktik angewandt hat, die viele legale Unternehmen, Banken und Zahlungsanbieter erfasst hat. Das Justizministerium sollte seine Ressourcen auf Unternehmen konzentrieren, die tatsächlich gegen das Gesetz verstoßen“. In einem Schreiben vom 7. April 2014, in dem er die sofortige Aussetzung von Choke Point forderte, beklagte der Verband, dass „das wahllose Vorgehen gegen Gemeindebanken, die diese Dienstleistungen [Zahlungsabwicklung] anbieten, den Gemeindebanken auch einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Großbanken beschert“.

**In dem am 29. Mai veröffentlichten Bericht wurde festgestellt, dass das Justizministerium wusste, dass die Taktik von Choke Point rechtmäßig geführten Unternehmen schadet, dennoch beschloss es, diese Taktiken fortzusetzen.**

Auch der [Ausschuss des US-Repräsentantenhauses für Aufsicht und Regierungsreformen](#) hat kürzlich eine Untersuchung von Choke Point durchgeführt. In dem am 29. Mai veröffentlichten Bericht wurde festgestellt, dass das Justizministerium wusste, dass die Methoden von Choke Point rechtmäßig betriebenen Unternehmen schaden, aber das Justizministerium beschloss, mit diesen Taktiken fortzufahren. Im Wesentlichen meinte das Justizministerium achselzuckend, dass unschuldige Unternehmen einfach die Last tragen sollten, ihren Banken zu beweisen, dass sie nichts Unrechtes getan haben. [Das ist aber so](#)

[gut wie unmöglich](#), wenn die Bundesregierung eine Bank ermahnt hat, einen Kunden fallen zu lassen.

Diese Untersuchung des Kongresses zu Choke Point hätte es nie gegeben, wenn der Demokrat [Elijah Cummings](#) aus Maryland Vorsitzender des Ausschusses wäre. Als ranghöchstes Mitglied der Minderheit im Ausschuss hat sich der Abgeordnete Cummings entschieden gegen eine Untersuchung der waffenrechtlichen Verfehlungen der Obama-Regierung ausgesprochen, wie z. B. die Operationen [Fast and Furious](#) und Choke Point.

Aber dank der harten Arbeit der NRA-Mitglieder bei den Wahlen 2010 und 2012 ist [Darrell Issa](#), ein Republikaner aus Kalifornien, der Vorsitzende des Ausschusses. Issa hat unermüdlich daran gearbeitet, aufzudecken, was die Regierung verbergen will. Die Untersuchung dieses Ausschusses zu Fast and Furious ist eines von vielen guten Beispielen, ebenso wie die Untersuchung zu Choke Point.

Eine neue Organisation namens „[United States Consumer Coalition](#)“ („Verbraucherverband der Vereinigten Staaten“) hat eine Website eingerichtet, auf der Whistleblower und Opfer von Choke Point über ihre Erfahrungen berichten können.

Im Mai stimmte das US-Repräsentantenhaus dafür, die Finanzierung von Operation Choke Point einzustellen. Der Senat hat sich noch nicht zu dieser Vorlage geäußert. Federführend bei den Bemühungen um die Streichung der Mittel war der Abgeordnete Blaine Luetkemeyer (Republikaner, Missouri) mit seinem Änderungsantrag zum Mittelzuweisungsgesetz für die Bereiche Handel, Justiz, Wissenschaft und verwandte Behörden.

Ein weiterer wichtiger Vertreter ist Jeb Hensarling, ein Republikaner aus Texas und Vorsitzender des [Ausschusses für Finanzdienstleistungen im Repräsentantenhaus](#). Er hat von der [Federal Reserve](#) und anderen Bundesfinanzinstitutionen Berichte darüber angefordert, ob sie an Choke Point oder ähnlichen Projekten beteiligt sind.

Am 6. Juni reichte auch die Community Financial Services Association (ein Verband von Anbietern von [Kurzzeitkrediten](#)) Klage gegen Choke Point ein. Der Fall (Nr. 14-cv-00953) liegt derzeit beim [U.S. Bezirksgericht für den District of Columbia](#).

Der wichtigste Aspekt von Choke Point – und allen anderen Missbräuchen des Bankenrechts – ist nicht, ob man ein Befürworter von Waffengeschäften, Münzhändlern, Feuerwerk, Sexanbietern, Aktivisten für sexuelle Orientierung oder Payday-Kreditgebern ist. Der gemeinsame Grundsatz für alle ist, dass Gesetze, die zum Schutz der Banken und ihrer Kunden erlassen wurden, nicht von einer Behörde dazu missbraucht werden dürfen, Banken zu zwingen, gesetzestreue Kunden zu schädigen, die dieser Behörde missfallen.

Und genau das geschieht aber bei der Operation Choke Point. Dass das unter dieser Regierung geschieht, entspricht leider nur allzu sehr dem selbstherrlichen Stil eines Präsidenten mit der Attitüde eines Monarchen. Sie können jedoch dazu beitragen, dies zu stop-

pen, indem Sie im November zur Wahl gehen und Kongressmitglieder wählen, die die Exekutive für ihre Missbräuche zur Rechenschaft ziehen.

---

Den amerikanischen Originalartikel „**Operation Choke Point: Choking Off Credit To The Gun Industry**“ kann man hier abrufen:

<https://www.americas1stfreedom.org/content/operation-choke-point-choking-off-credit-to-the-gun-industry/>

Anmerkungen des Übersetzers:

Nachdem Choke Point 2017 [unter Trump eingestellt](#) wurde, soll es jetzt (2022) [unter Biden wiederbelebt](#) werden.

Es wurden einige zusätzliche Links eingefügt, da manche amerikanischen Begriffe in Europa nicht geläufig sein dürften.